

Migration neu denken

Siegfried Walch

Migration gehört zur Geschichte und Stärke unseres Landes, braucht aber klare Regeln, Kontrolle und eine gemeinsame europäische Steuerung, damit Integration gelingt. Irreguläre Migration, Kriminalität und Missbrauch des Systems müssen konsequent begrenzt werden.

Migration ist seit jeher Teil der Menschheitsgeschichte. Austausch und Kooperation zwischen Völkern und Kulturen ist Teil unserer Erfolgsgeschichte. Als Bayer muss ich das so sehen, als Chiemgauer ganz besonders. Sind wir doch aus einer Mischung all jener, die im römischen Imperium Handel trieben, entstanden. Zumindest aus jenen, die von Nord nach Süd oder umgekehrt gewandert sind. Wir Chiemgauer sagen, wir sind das Beste aus allen!

Migration ist heute erneut das Thema unserer Zeit. Gerade in der Zeit seit 2015 haben wir eine völlig ungesteuerte Migration in unseren Kulturraum erlebt. Dabei war Flucht vor Krieg und Vertreibung nur eine von vielen Ursachen. Als Landrat habe ich vor allem

in der Zeit seit 2015 erlebt, wie die jüngsten Wellen von Migration unser Land beeinflusst haben. Es hat unsere Debatten bestimmt, unseren Alltag verändert und unsere Gesellschaft vor neue Herausforderungen gestellt.

Ich habe in den letzten Jahren den Eindruck bekommen, dass wir Deutschen allzu oft in Schwarz-Weiß-Kategorien denken. Die Einen erkennen in jedem Migranten eine Gefahr, die Anderen in Jedem eine Bereicherung. Aus meiner Sicht wäre es gut zu einer reiferen, sachlicheren Sicht auf die Dinge zu kommen – im Sinne derer, die zu uns kommen wollen, aber auch im Sinne derer die schon hier leben, ganz gleich wie lange.

Wir müssen Migration neu denken!

Dabei ist mir vorweg wichtig festzuhalten: Der Umgang mit dem Einzelnen und die Bewertung des Systems als Folge politischer Entscheidungen muss klar getrennt werden. Ich bin ein Verfechter einer restriktiven Einwanderungspolitik, aber auch ein klarer Vertreter eines fairen, freundschaftlichen und menschlichen Umgangs mit dem Einzelnen.

Es ist Aufgabe der Politik ein System zu schaffen, das die richtigen Anreize schafft und irreguläre Migration so weit wie möglich ausschließt, zugleich reguläre Migration in unseren Arbeitsmarkt ermöglicht.

Das Thema birgt eine gesellschaftliche Sprengkraft, wie in den letzten Jahrzehnten wohl kein weiteres. Das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen wurde tiefgreifend angefasst und beeinträchtigt. Wenn Bürgerinnen und Bürger nicht mehr das Gefühl haben, dass der Staat geltendes Recht durchsetzt, wenn vollziehbar ausreisepflichtige Asylbewerber nach Jahren immer noch im Land bleiben und nicht abgeschoben werden, dann zerstört das das Vertrauen in den Rechtsstaat. Besonders dramatisch ist es dann, wenn diese Personen Straftaten oder Terrorakte begehen. Dies gefährdet auch die Zustimmung zu unserer Demokratie.

Daraus ergibt sich ein deutlicher und klarer Arbeitsauftrag an die jetzige Bundesregierung und an alle demokratischen Kräfte im Land. Gemeinsam müssen wir ein überfordertes System wieder in Ordnung bringen. Ziel muss es sein, die Zugänge zu begrenzen.

Die Sicherung unserer eigenen deutschen Grenzen in jüngster Zeit hat zu einem Dominoeffekt und seit Langem erstmals zu einer gemeinsamen europäischen Gesamtstrategie geführt. Heute ist der unkontrollierbare Übertritt auf europäischen Boden deutlich schwieriger als noch vor einem Jahr. Die Zahlen geben dem deutschen Bundesinnenminister recht.

Nur eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik hat das Potenzial, eine nachhaltige Reduzierung und optimierte Steuerung der Migration nach Deutschland und in die EU zu erreichen. Dies hat in den vergangenen Monaten bereits zu einem signifikanten Rückgang der Zuwanderung geführt. Stellten 2023 noch 329.120 Menschen in Deutschland einen Asylerstantrag, waren es 2025 nur noch 113.236.¹

Mit dem neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) wird der europäische Zusammenhalt in diesem Bereich weiter forciert. Insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige Reduktion und Steuerung wird in Zukunft durch Sekundärmigrationszentren und sogenannte Return Hubs eine deutlich höhere Effizienz erzielt. Das individuelle Recht auf Asyl ist nicht als Recht zu verstehen, in ein Land seiner Wahl einzuwandern. Die EU hat diesbezüglich mit der Dublin-Verordnung eine klare Regelung getroffen. Mit der Implementierung der Sekundärmigrationszentren wird sichergestellt, dass Asylsuchende in das Land zurückgeführt werden, in das sie zuerst eingereist sind und das dementsprechend auch für sie zuständig ist.

Darüber hinaus ist eine verstärkte Forcierung von Abschiebungen erforderlich, und zwar für alle Personen, die sich illegal im Land aufhalten oder die geltende Regeln nicht einhalten. Personen, die in Deutschland zu Straftätern oder Gefährdern werden, müssen das Land umgehend verlassen, auch nach Syrien und Afghanistan. Erste Rückführungen wurden an dieser Stelle bereits mit Erfolg durchgeführt. Es ist nicht vermittelbar, dass jemand, der das Leben und die körperliche Unversehrtheit von Menschen in Deutschland gefährdet, nicht in sein Heimatland zurückgeführt wird, weil dort unsichere Verhältnisse herrschen. Die Gewährleistung der Sicherheit für Bürger sowie für vor Extremismus und Gewalt geflüchtete Migranten muss dabei eindeutig Priorität haben.

Zudem wird durch ein Außengrenzverfahren sichergestellt, dass bereits frühzeitig die Aussicht auf Erfolg eines Antrags überprüft werden kann, um dem Antragsteller in kürzerer Zeit verlässlich eine Entscheidung mitzuteilen. Erst wenn die Rechtmäßigkeit des Antrags festgestellt ist, darf die Einreise gewährt werden.

In wenigen Monaten hat diese Regierung und der Bundesinnenminister eine Vielzahl positiver Veränderungen erreicht. Es sei jedoch angemerkt, dass dies lediglich den Anfang darstellt und weitere, nachhaltige Schritte folgen müssen.

Die nachfolgende Betrachtung soll vier herausgearbeitete Arten der erlebten Überforderung aufzeigen. Diese sollen als Grundlage dienen, um zukünftige Handlungen anzupassen.

Logistische Überforderung

Was banal klingt, ist in der Realität eine sehr konkrete und für die Menschen – Einheimische wie Zugewanderte – direkt spürbare Form der Überforderung.

Allein im Landkreis Traunstein gab es in der Hochphase der Flüchtlingspolitik Zuweisungen von 50 bis 100 Personen pro Woche. Die vor Ort zuständige Behörde musste medizinische Untersuchungen sicherstellen, Sicherheitsregistrierungen durchführen, Sozialleistungen beantragen und auszahlen. Es oblag ihnen, dafür Sorge zu tragen, dass eine Krankenversicherung für Zugewanderte existiert, ein Bankkonto eröffnet wird und die Unterbringung und Verpflegung sichergestellt wird. All das ist eine enorme Leistung der Behörden und der Gesellschaft.

In der Realität hat dies in vielen Teilen unseres Landes dazu geführt, dass Traglufthallen oder neue Mehrfamilienhäuser errichtet wurden, einzelne Häuser oder gar ganze Hotelkomplexe angemietet werden mussten. Wenn in einem Markt mit ohnehin angespannter Lage eine starke Nachfrage entsteht, die nur schwer zu befriedigen ist, führt dies zu einem Verdrängungswettbewerb. Zu oft hat die Anmietung von bestehendem Wohnraum ohne festen preislichen Rahmen in der Vergangenheit dazu geführt, dass Einheimischen dieser Wohnraum fehlte. Die Kommunen waren in einer äußerst schwierigen Lage, die Menschen schnellstmöglich unterzubringen, denn sie wussten, dass die nächste Zuweisung von Personen kommen würde.

Darüber hinaus sehen sich unsere Jugendämter mit völlig neuen Herausforderungen konfrontiert. Pädagogisches Fachpersonal muss beispielsweise mit Situationen wie Zwangshochzeiten umgehen können, die in unserem normalen Alltag keine Rolle spielten. Auch Kitas, Kindergärten und Schulen sind gefordert, sich auf die völlig neuen Situationen einzustellen. All das muss vor Ort organisiert werden.

Die Kritik soll mitnichten den Kommunen und Bundesländern zukommen. Jede Instanz befand sich in einer vergleichbaren Notlage. Zudem mussten viele Behörden sämtliche „anderen Dienstleistungen“ des Staates hintenanstellen.

Die logistische Überforderung der massenhaften Zuwanderung führte zu völlig untragbaren Situationen vor Ort. Für Flüchtlinge, Einheimische, Kommunen und Behörden.

Sicherheitspolitische Überforderung

Migration hat eine Auswirkung auf die Sicherheit in unserem Land. Vor allem dann, wenn sie ungesteuert stattfindet. In der polizeilichen Kriminalstatistik von 2024 sind 41,8 Prozent der Tatverdächtigen als „nicht-deutsch“ eingestuft.² Gerade bei Rohheitsdelikten wie schwerer Körperverletzung sind zum Beispiel Syrer, Marokkaner und Afghanen um ein Vielfaches häufiger repräsentiert als Deutsche gemäß ihres Bevölkerungsanteils. Auch die zunehmenden Sicherheitsmaßnahmen bei Großveranstaltungen wie Christkindlmärkten sind ein Indikator für die veränderte Situation. Wie zahlreiche Experten und staatliche Institutionen mitgeteilt haben, besteht die reale Gefahr, dass wir ein nicht unerhebliches Potenzial an Extremismus in unser Land importieren.

Es geht hier ausdrücklich nicht um Ressentiments, sondern um das Benennen von Tatsachen. Es ist von entscheidender Bedeutung, hier eine ausgewogene Haltung zwischen Vorurteilen und Naivität zu finden. Wirksame Kontrollen und konsequentes Handeln des Staates sind niemals Ausdruck eines systemischen Misstrauens gegenüber einer Personengruppe. Vielmehr sind sie eine Notwendigkeit, um den Schutz der öffentlichen Räume zu gewährleisten.

Zu viele Menschen sind nach Deutschland gekommen ohne eindeutige Identifikation, ohne gültige Papiere. Eine Gefährdung der Allgemeinheit konnte in der Konsequenz nicht ausgeschlossen werden.

Wirtschaftliche Überforderung

Das Konzept eines Sozialstaats ist mit der Praxis einer unregulierten Migration schlicht unvereinbar. Die Idee des Sozialstaats ist eine Solidargemeinschaft. Sie lebt von denen, die Leistung erbringen und einzahlen. Dann kann der Sozialstaat eine Absicherung für den Fall bieten, wenn man auf Hilfe angewiesen ist. Hilfe muss deshalb prioritär darauf ausgelegt sein, Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hilfe zur Selbsthilfe – ganz im Christlich-Sozialen Sinne.

Ein dauerhaftes Verweilen im Sozialsystem steht dem ebenso entgegen, wie eine Zuwanderung in dasselbe. Beides birgt letzten Endes die Gefahr der systemischen Schiefelage – sei es in finanzieller Hinsicht oder in Bezug auf das Gerechtigkeitsempfinden derer, die das System am Laufen halten.

Es bleibt also die Abwägung: Entweder man opfert den Sozialstaat, um ungesteuerte Migration zu ermöglichen oder man erhält den Sozialstaat und sorgt dafür, dass eine Zuwanderung in die Sozialsysteme verhindert wird.

Richtig gesteuerte Migration hat viele Chancen – ungesteuerte Migration viele Gefahren. Blickt man auf die letzten Jahrzehnte zurück, so sehen wir erfreulicherweise unzählige positive Beispiele – ob aus Osteuropa, dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei oder auch Italien. Viele Gastarbeiter haben in Deutschland ihre Heimat gefunden und gestalten diese aktiv mit. Sie haben zur Steigerung des Wohlstands beigetragen. Heute sind sie ein fester Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens.

Gerade auch Bayern beispielsweise, hat viele positive Erfahrungen mit der Zuwanderung von Gastarbeitern aus dem Balkan und Osteuropa in der Vergangenheit gemacht.

Kulturelle Überforderung

Jedes Staats- und Gemeinwesen, jede Rechtsordnung und jedes Wirtschafts- und Sozialsystem basiert letztendlich auf einem gesellschaftlichen Wertekonsens.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass unsere Vorstellung von Individualismus, von der Freiheit des Einzelnen, der Gleichheit von Mann und Frau, dem Verständnis von Eigentum, der Rolle des Kollektivs und dem juristischen Grundsatz, dass „*im Zweifel für den Angeklagten*“ gilt, keineswegs universell gültig oder gar selbstverständlich ist. Historisch sind dies klassische „*westliche*“ Werte. Tatsache ist, dass die Mehrheit der Menschen weltweit nicht in Systemen lebt, die nach den Werten des Westens agieren oder in denen diese Werte den Alltag bestimmen. Unsere Werte sind historisch gewachsen. Sie haben zum römischen Recht, der antiken Philosophie und dem christlich-humanistischen Menschenbild geführt. Die drei Elemente stellen nach wie vor die Grundpfeiler der europäischen Staaten dar, und das weit über deren Grenzen hinaus. Diese Elemente brauchen aber eine gesellschaftliche Akzeptanz, um zu überleben – einen Grundkonsens eben.

Wenn wir versuchen, unbegrenzt Menschen mit völlig anderen Wertvorstellungen zu integrieren, kann dies nicht gelingen. Die Wertvorstellungen des Westens werden zu oft als schwach oder weich abgelehnt. Sie stehen zu oft im Widerspruch zu den eingeübten und bekannten Wertvorstellungen aus den Heimatländern vieler Migranten. Es bilden sich Parallelgesellschaften und in der Folge wird der gesellschaftliche Grundkonsens sukzessive aufgeweicht.

Es braucht für jede Integration den Willen des Zuwanderers, sich in ein bestehendes Wertesystem integrieren zu wollen. Wir müssen verstehen, dass es unser Wertesystem ist, das uns überhaupt zum sicheren Ziel für Zuwanderung macht.

Wir integrieren somit niemals in einen luftleeren Raum, sondern immer in bereits bestehende Werte- und Normensysteme.

Wo müssen wir hin

Mein erklärtes Ziel ist es, Deutschland zu einem begehrten Land zu machen, in dem Menschen gerne leben und sich etwas aufbauen. Ich möchte, dass Deutschland wieder ein Land wird, das attraktiv für Leistungserbringer ist und dass Menschen sagen: „Ich möchte mein Glück finden in einer freien, demokratischen, westlichen Gesellschaft.“

Wer jedoch hierherkommt, um vom Sozialstaat zu leben, unsere Sicherheit zu gefährden oder gar einen anderen Staat beziehungsweise Herrschaftssystem errichten zu wollen, ist und wird hier nicht willkommen sein.



Siegfried Walch, MdB

wurde am 08. April 1984 in Bad Reichenhall geboren. Schon früh engagierte sich Siegfried Walch politisch. Von 2014 bis 2025 war er Landrat des Landkreises Traunstein. Seit 2025 ist Walch Mitglied des Deutschen Bundestages und innenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe.

Anmerkungen:

- 1 Migrationsbilanz 2025, in: Legal Tribune Online, 05.01.2026, https://www.lto.de/persistent/a_id/58978 (abgerufen am: 24.02.2026).
- 2 Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2024: Hrsg. Bundesministerium des Innern, 02.04.2025, S. 14, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI25028_pks-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=8 (abgerufen am: 25.02.2026).